

Quelle: <http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/html/artikel/1182933950921.shtml>

„KiBiz“: Stadtverwaltung schlägt Alarm

VON INGO LANG, 24.07.07, 17:08h

Der Beigeordnete Stefan Hanraths will für den Städte- und Gemeindebund eine Mängelliste aufstellen.

Lohmar - Das finanzpolitische Unheil, das den kommunalen Haushalten dräut, verbirgt sich im Gesetzentwurf des Landes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern. Der beinhaltet erhebliche Mehrbelastungen für Kindertagesstätten ohne ebenso erheblich die Zuschüsse zu erhöhen. Was das am Ende die Stadt mehr als bisher kosten kann, haben die Lohmarer einmal überschlagen: Sie kommen auf den alarmierenden Wert von 435 000 Euro. Im Ausschuss für Kinder und Jugendliche soll das am 15. August Thema sein.

Darauf angesprochen, relativiert der zuständige Beigeordnete Stefan Hanraths sofort: Das seien Schätzungen, die Zahl sei „bisher so nicht belastbar“. Es sei die Berechnung auf Basis dessen, was schlimmstenfalls herauskommen könne. Da gehe es um neue Eingruppierungen von Kindern nach Alter, um Betreuungsdauer und deren Intensität. Dafür fehlten Aussagen zu Gruppenstärken - kurzum: Das so genannte Kinderbildungsgesetz („KiBiz“) soll zwar im September vom Landtag beschlossen, die Ausführungsbestimmungen jedoch dann erst im Oktober oder November nachgereicht werden.

Ein Umstand, den der Landtagsabgeordnete der Grünen, Horst Becker, „unerträglich“ findet. Das seien „verheerende Zahlen und Lastverschiebungen Richtung Kommunen“, wettet der Oppositionspolitiker in Richtung schwarz-gelber Landesregierung. „Wir ringen bei den Haushaltsberatungen um jeden Tausender, und dann werden uns durch so etwas von hinten die Beine weggeschlagen.“ In der Schreckenszahl „435 000“ seien ja noch nicht die 20 000 Euro eingerechnet, die es kosten würde, wenn der Elternanteil von jetzt 17,4 auf 19 Prozent angehoben werden müsse. Der geplante Wegfall der Grunderwerbssteuer belaste Lohmar um weitere 165 000 Euro. Das summiere sich dann auf mehr als 600 000 Euro, was der Stadt in der Kasse fehle. Hanraths hat sich derweil um eine „Handreichung“ bemüht, in der das Land ausgewählten Kommunen Erläuterungen zur künftigen Berechnung von Kosten und Zuschüssen für die Kinderbildung liefert.

Für den Städte- und Gemeindebund will er außerdem eine Mängelliste aufstellen, was an dem Gesetzentwurf aus Sicht der Kommune noch geändert werden muss. „Damit dann noch an den entsprechenden Stellschrauben in die richtige Richtung gedreht werden kann“, hofft er. Bevor das Gesetz verabschiedet wird. Der Städte- und Gemeindebund und die Freien Wohlfahrtsverbände werden im August noch einmal dazu gehört. Bei denen regt sich Unmut, weil sie in dem Entwurf einige in einem Konsenspapier im Februar festgehaltene Vorgaben nicht wiederfinden.

Während sich der Christdemokrat Hanraths dezent in der Beurteilung der „KiBiz“-Lage zurückhält, rät Kommunal- und Kreispolitiker Becker den zuständigen Dezernenten in den Rathäusern, zu kalkulieren, was finanziell mit dem Gesetz auf sie zukommt. Das könne vor bösen Überraschungen am Ende des Jahres bewahren.

Quelle: <http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/html/artikel/1182933950978.shtml>

Vorerst ist es nichts als gut gemeint

VON INGO LANG, 24.07.07, 17:08h, AKTUALISIERT 25.07.07, 10:03h

Kinderbildungsgesetz - klingt nett und harmlos. Schon bei den ganz Kleinen sollen kognitive und sprachliche Defizite aufgespürt und spielerisch beseitigt werden. Dazu sollen verstärkt Unter-Dreijährige in Kindertagesstätten aufgenommen werden.

Der schöne Schein der Theorie bekommt in der Praxis schäbige Schrammen. Zusätzliche Aufgaben wie die Betreuung Unter-Dreijähriger kosten mehr Personal und Geld. Wer soll das bezahlen? Am besten die Kommunen, scheint die Landesregierung zu denken.

Damit die das nicht direkt merken, werden Finanzierungsmodelle in komplizierte Förderwerke verpackt; Amtsarithmetik für Fortgeschrittene. Derzeit sind Kalkulationen unmöglich, weil die „Ausführungsbestimmungen“ erst im Spätherbst vorliegen.

Das sind Fäden, aus denen böse Überraschungen gestrickt werden.

So wie beim Projekt Sprachstandserhebung. Ebenfalls keine schlechte Idee - wenn Personal dafür da ist. Denn Grundschulkollegien können nicht über Aufgabenmangel klagen. Ihnen weitere aufzubürden, überlastet sie. Für die Förderung begabter Kinder bleibt schon jetzt keine Zeit.

Viele Eltern spüren: Da läuft irgendwas falsch. Greifbar wird das für sie erst, wenn Kindergartenbeiträge steigen oder das Unterrichtsniveau sinkt. Wer sich beschweren will, stößt auf ein weiteres Phänomen: Nirgendwo finden sich Verantwortliche. Weder in Kindertagesstätten noch in Schulen. Weder in Schul- noch in Jugendämtern. Sogar im Regierungspräsidium und in den Ministerien werden sie nicht fündig. Weil es ein Fehler im System ist, das wiederum die Landesregierung gestaltet. Die befindet sich noch in der Phase „gut gemeint“. Erst danach kommt „gut gemacht“.

Quelle: <http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/html/artikel/1182933923363.shtml>

Gewitterwolken über der „Villa Regenbogen“

VON MICHAEL HESSE, 16.07.07, 18:10h, AKTUALISIERT 16.07.07, 18:14h

Lohmar - Über der „Villa Regenbogen“ hängen sogar im Sommer dunkle Gewitterwolken. Die Aussicht auf das neue Kindergartengesetz sorgt für einen trüben Blick in die Zukunft. Sowohl die Wohlfahrtsverbände als auch die kommunalen Spitzenverbände haben Armin Laschet, Familienminister in Nordrhein-Westfalen, Wortbruch vorgeworfen. Er habe das, was im Konsenspapier vereinbart worden sei, nicht in den Referentenentwurf aufgenommen. Laschet bestreitet die Vorwürfe zwar, lässt aber nachverhandeln. Das Konsenspapier war nach Jahren intensiver Verhandlungen zwischen kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen und freier Wohlfahrtspflege erstellt worden.

Reger Schriftverkehr

Inzwischen hat ein reger Schriftverkehr zwischen Kindergärten und dem Ministerium eingesetzt. Auch aus der „Villa Regenbogen“ in Lohmar erhielten die Mitarbeiter des Ministeriums bereits zweimal Post.

Jürgen Schiefer, stellvertretender Vorsitzender der Elterninitiative, lässt seinen Bedenken in dem Brief freien Lauf: „Viele Träger werden nicht in der Lage sein, ihre pädagogisch bewährten Zusammensetzungen in Zukunft beizubehalten“, fürchtet er. „In vielen Einrichtungen, insbesondere in denen mit kleinen altersgemischten Gruppen sowie integrativen Einrichtungen, wird es zu massiven Unterfinanzierungen kommen.“ Die Folgen hätten vor allem die Kinder und deren Eltern zu zahlen. So würde der Personalstamm durch die Umstellung der Finanzierung auf Kindpauschalen einer erheblichen Fluktuation unterworfen.

Die Hauptkritikpunkte der Wohlfahrtsverbände an Laschets Entwurf, der „das fortschrittlichste Kindergartengesetz in Deutschland“ schaffen wollte, teilt auch Schiefer von der „Villa Regenbogen“: In dem vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf werde nicht festgelegt, wie viele Betreuer für wie viele Kinder eingesetzt würden und wie viele Kinder höchstens in den Gruppen sein dürften. Zudem werden Landesjugendämter einseitig ermächtigt, Kind- und Mietpauschalen festzulegen -

dadurch sei eine verlässliche Finanzplanung nicht mehr zu leisten. Befürchtet wird daher ein Qualitäts- und Arbeitsplatzabbau auf Kosten der Kinder, steigende Elternbeiträge und ungerechte Risiken für Träger und Einrichtungen.

Kommunalisierte Beiträge

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Deckelung von langen Öffnungszeiten und Betreuungsangeboten von Kindern unter drei Jahren durch eine landesweite Quote. Die Verbände kritisieren etwa die Kommunalisierung der Elternbeiträge. Das Gesetz zwingt die Kommunen, 19 Prozent der Ausgaben für Kindertageseinrichtungen durch Elternbeiträge zu decken. Damit nehme das Land eine finanzielle Mehrbelastung der Eltern bewusst in Kauf. Bisher betrug der tatsächliche Anteil der Elternbeiträge nach Angaben des Städtetages NRW etwa 13 Prozent, die fehlenden Einnahmen übernahm das Land.